

Niederschrift über die

BÜRGERVERSAMMLUNG 2016

der Stadt Freilassing

**am 15.11.2016
im Rathaussaal**

(19.00 Uhr bis 21.26 Uhr)

Freilassing, 16.11.2016
Stadt Freilassing

Josef Flatscher
Erster Bürgermeister

Andrea Schenk
Protokollführerin

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

Erster Bürgermeister Josef Flatscher begrüßt die anwesenden BürgerInnen der Stadt Freilassing.

Speziell begrüßt er die Vertreter der Hohen Geistlichkeit, Hr. Pfarrer Ewald Seissler, den Kirchenpfleger Okroy, Frau Landtagsabgeordnete Kaniber, ehem. 2. Bürgermeister Knott, die Herren Landtagsabgeordneten a. D. Werkstetter und Richter, Hr. 2. Bürgermeister Schacherbauer, Hr. 3. Bürgermeister Hangl, seine Kollegen des Stadtrates, Hr. Ersten Polizeihauptkommissar Huber, Hr. Polizeidirektor und stellv. Inspektionsleiter Otto, Frau Anni Klinger und die Vorstandsmitglieder vom Wirtschaftsforum, den Feuerwehrkommandanten Häuslmann, alle Vereinsvorstände und Funktionäre, Hr. Schulleiter der FOS Heuwieser, Fr. Rektorin Mayer, Herr Bambach vom Staatlichen Bauamt Traunstein, Hr. Dr. med. Schmidl, Hr. Dr. Müller sowie die Vertreter der Presse.

I. Rechenschaftsbericht

Erster Bürgermeister Josef Flatscher gibt einleitende Hinweise zum Verfahren sowie zum Versammlungsverlauf.

Danach trägt er seinen Rechenschaftsbericht vor, der von einer Bildvorführung (Power-Point-Show) begleitet wird.
Dieser Bericht liegt der Niederschrift *als Anlage* bei.

Um 20.22 Uhr bittet Erster Bürgermeister Josef Flatscher um eine kurze Pause.

Um 20.35 Uhr wird die Bürgerversammlung fortgesetzt.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

Der Vorsitzende gibt nun den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, Anträge zu stellen und Anfragen an ihn zu richten. Die Anfragen und Anträge müssen sich auf örtliche Angelegenheiten beziehen. Er bittet die Bürgerinnen und Bürger, bei einer Worterteilung Name und Anschrift zu nennen, denn das vereinfache die Arbeit für die Protokollführerin enorm. Bürgermeister Flatscher erklärt, über förmliche Anträge werde offen mit JA oder NEIN abgestimmt. Stimmenthaltungen seien zulässig. Wird ein Antrag von der Bürgerversammlung mehrheitlich angenommen, so liege eine Empfehlung der Bürgerversammlung vor. Der Stadtrat bzw. das zuständige Organ in der Stadt sei dann verpflichtet, die Empfehlung innerhalb von drei Monaten zu behandeln. Die Stadt sei nicht verpflichtet, der Empfehlung nachzukommen.

Da der Zweck der Bürgerversammlung die Aussprache und Erörterung der gemeindlichen Angelegenheiten ist, erteilt Erster Bürgermeister Flatscher zuerst den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern das Wort. Er bittet darum, sich bei den Redebeiträgen auf das Wesentliche zu beschränken, damit andere auch zu Wort kommen. Die Anfragen und Anträge, die bereits schriftlich vorliegen, werden von Frau Schenk, Hauptamtsleiterin und Protokollführerin, im Anschluss daran verlesen und behandelt.

**Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing
vom 22. November 2016**

II. Anträge, Anfragen, Anregungen, Mitteilungen, Wünsche mit Aussprache

1. Zeuner Peter-Armin

83395 Freilassing

Zustand des Seelenweges

Herr Zeuner moniert, dass der Seelenweg in einem sehr schlechten Zustand sei. Es müssten Hackschnitzel aufgebracht werden (vor allem für den Winter). Die Tafeln im Wald sollten aus Metall sein - mit einem kleinen Dach darüber. Das derzeitige Material (Holz, Plastik, Papier) hält nicht. Er wünscht sich, dass der Weg wieder hergerichtet werden oder ganz wegkommen sollte.

Erster Bürgermeister Flatscher sichert eine Überprüfung zu.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

**Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing
vom 22. November 2016**

2. Zeuner Peter-Armin

83395 Freilassing

Lohen – Loch auf der Straße

Herr Zeuner teilt mit, dass in Lohen – gegenüber der Maschinenhalle von Hr. Standl – ein großes Loch auf der Straße sei. Das stelle ein Unfallrisiko dar. Er bittet das Loch aufzufüllen. Beim Anwesen Standl bleibe das Wasser stehen. Hier könne eine Metallrinne abhelfen, damit das Wasser ablaufen kann und nicht auf die Straße rinnt. Immer durchs Wasser zu gehen, ist nicht schön für Fußgänger und Radfahrer.

Erster Bürgermeister Flatscher sichert eine Behebung des Schadens zu.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

3. Zeuner Peter-Armin

83395 Freilassing

Volle Mülleimer

Herr Zeuner beklagt, die zu vollen Mülleimer. Diese gehen am Wochenende oft über, da sie am Freitag nicht geleert worden sind. Vielleicht sollte man größere Mülleimer aufstellen. Sonst liegen u.a. auch die Hundekottüten irgendwo herum. Außerdem sollten die Hundekotbeutel öfter nachgefüllt werden.

Am Freibadparkplatz kampieren des Öfteren Sinti und Roma. Der Sperrmüll wird abgeladen. Letzes Mal war ein großer Heuballen dort. Da man im Winter den Parkplatz nicht benötigt, sollte er abgesperrt werden.

Erster Bürgermeister Flatscher antwortet, es sei lediglich die Buskehre offen. Die bleibt auch offen, für die, die dort spazieren gehen wollen. Der Rest sei sowieso abgesperrt.

Herr Zeuner schlägt zwei größere Mülleimer am Freibad vor und wünscht sich das gleiche für den Fürstenweg.

Erster Bürgermeister Flatscher verwies auf die Möglichkeit, dienstags in seine Sprechstunde zu kommen, sichert aber auch eine Überprüfung zu.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

4. Zeuner Peter-Armin

83395 Freilassing

Schwerbehindertentoilette Salzburger Platz

Herr Zeuner weist darauf hin, dass Bürgermeister Flatscher versprochen hätte, oberirdisch eine Schwerbehindertentoilette am Salzburger Platz einzurichten.

Erster Bürgermeister Flatscher erwidert, dass als Provisorium bis zum Umbau des Platzes ein Container vorgesehen war – aber wegen der derzeitigen Bauarbeiten an der Münchener Straße sei das nicht möglich.

Herr Zeuner schlägt vor, das Behinderten-WC nach oben zu verlegen. Es müsste nur angehoben werden.

Erster Bürgermeister Flatscher ist der Ansicht, Barrierefreiheit sei wichtig, aber es gehe nur, was realistisch ist.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

5. Seiwald Franz

83395 Freilassing

Kosten Badylon

Herr Seiwald erklärt, in der Power-Point-Präsentation sei das Thema Badylon zu schnell abgehandelt worden. Er habe gehört, dass die Regierung von Obb. die gesamten Kosten finanziert. Zuerst hieß es 25 Mio. €, an der Informationstafel an der Laufener Straße stand 25 – 30 Mio. € und jetzt sagten sie 36,2 Mio. €. Wer zahlt, was über 25 Mio. hinaus geht?

Erster Bürgermeister Flatscher erklärt, 36,2 Mio. € seien zugesagt lt. Förderbescheid. Ausgegangen wird von Gesamtkosten in Höhe von 37,6 Mio. Es handelt sich um ein Bund-Länder-Förderprogramm. Die Genehmigungsbehörde sei für die Stadt Freilassing die Regierung von Obb.

Herr Seiwald will wissen, ob die Bürger nichts zu zahlen hätten?

Erster Bürgermeister Flatscher antwortet, die Diskrepanz aus den Zahlen sei 1 Mio. €; dafür sei dann alles neu. Es fordert Disziplin; Sonderwünsche machen's teuer. Die Entscheidung trifft der Stadtrat.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

6. Hafner Anton

83395 Freilassing

Dörflicher Charakter Salzburghofen

Herr Hafner meint, unter den Stadtratsmitgliedern und dem Bürgermeister gebe es einen Virus. Wohnsilos würden den dörflichen Charakter in Salzburghofen kaputt machen. So etwas gehöre nicht in den ältesten Ortsteil von Freilassing. Peterskirche, Marienkirche, Albrecht – Warum muss man da Derartiges bauen? Man könne das auch anders machen. Herr Reichenberger schaffte. Er verstehe nicht, dass Bauausschussmitglieder so etwas befürworten. Die wollten sogar den Mirtlwirt wegreißen. Die Silos seien so teuer, da könne sich kein Freilassinger eine Wohnung kaufen. Die ganzen jungen Leute ziehen weg. Herr Hafner ist der Meinung, wir hätten die niedrigste Wohnstufe und wären teurer als München. Was jemand in München verdient und was jemand bei uns verdient – da seien die Wohnungen in Freilassing im Verhältnis sogar teurer. Aber es sei eh schon alles kaputt.

Erster Bürgermeister Flatscher erwidert, es gebe verschiedene Geschmäcker. In den verschiedenen Bauetappen kommt immer wieder etwas Neues auf.

Herr Hafner antwortet, dieser Geschmack gehöre woanders hin - nicht nach Salzburghofen. In Hofham sei es egal, aber nicht da unten.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

7. Kronawitter Klaus

83395 Freilassing

Verkehrssicherheit Salzburghofen

Herr Kronawitter moniert die Verkehrssicherheit in Salzburghofen. Die Stadt verstoße gegen Gesetze, Verordnungen und Menschenrechte. Die Straßen könnten den Verkehr nicht aufnehmen. Die Träger der Straßenbaulast hätten die Straßen so zu bauen, dass sie den Regeln der Verkehrssicherheit genügen. Ansonsten sei auf den nicht verkehrssicheren Zustand hinzuweisen. Sie müssten barrierefrei sein. Die Pilgrim- und Auenstraße seien stark genutzte Anliegerstraßen in 30er Zonen. Beide Straßen hätten eine Fahrspur mit ca. 3 m Breite. Ein Gegenverkehr sei ausgeschlossen. Es gebe bei einer Breite von teilweise 2,65 m keine Verkehrsbeschränkung für Lkw. Weder die Straßenbreite noch der Kurvenradius seien hier geeignet. Die Zufahrt zum Bauhof sei nicht rechtmäßig. Die Kreuzung bei Bauhof sei nicht verkehrsgerecht mit „rechts vor links“. Sein Grundstück mit sechs Mietwohnungen wäre ohne jeden Schutz zum Straßenverkehr und somit einer nicht hinnehmbaren Verkehrsgefährdung und Umweltbelastung ausgesetzt. Herr Kronawitter berichtet, die Polizei sage, die Stadt sei zuständig – die Stadt sage, die Polizei sei zuständig. Bürger seien ohne Rechtsbeistand nicht handlungsfähig. Auch beim Plainweg und Huber-Jakl-Weg gebe es keine Verkehrsbeschränkung. Hier dürften 40-Tonner reinfahren. Der Huber-Jakl-Weg sei ein Schulweg und ein Weg zum Sportplatz. Man benötigte mehrere Jahre zum Aufstellen von Verkehrszeichen. Jetzt dürfen auf dem Rad- und Fußweg Pkw fahren. Diese fahren über die Auenstraße. Es gebe keine Ausweichmöglichkeit, wenn ein Auto entgegen kommt. Das Auto fährt nicht zurück. Fußgänger und Behinderte müssen den ganzen Weg zurückgehen. Die Straßenverkehrsordnung werde hier missbraucht. Herr Kronawitter meint, Gesetze und Verkehrsregeln scheine es nicht zu geben. Die Bauarbeiten würden ohne Schutz und von den Arbeitern nach Lust und Laune durchgeführt. Wieder schiebe die Stadt die Zuständigkeit auf die Polizei und umgekehrt. Es gebe keine Verkehrszeichen, die etwas regeln. Die Straßen seien nicht gesperrt. Die Straßen wurden hergerichtet und ein Kanal wurde verlegt. Ohne Vorwarnung habe man metertief die Straße aufgerissen. Herr Kronawitter führt weiter aus, dass er sechs Wohnungen hat. Er und seine Mieter kamen einen ganzen Tag weder rein noch raus. Sogar ein Fußpflege-Geschäft war betroffen.

Erster Bürgermeister Flatscher erwidert, Herr Kronawitter hätte die Angelegenheit schon mehrmals vorgebracht. Er habe alle Antworten bereits erhalten. Der zuständige Sachbearbeiter, Herr Egger, habe alles beantwortet. Es werde nicht anders, je öfter man fragt.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

**Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing
vom 22. November 2016**

8. Kronawitter Klaus

83395 Freilassing

Salzstraße Einmündung Wasserburger Straße

Herr Kronawitter beschwert sich, dass beim Abbiegen von der Salzstraße in die Wasserburger Straße (stadteinwärts) keine Sichtlinie sei. Ein „halbschariger“ Aufschleifer sei hier nicht geeignet. Hier hilft weder ein Schulterblick, noch ein Spiegel. Es passieren Unfälle. Hier tue keiner etwas.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

9. Kronawitter Klaus

83395 Freilassing

Neuer Kreisverkehr Münchener Straße

Herr Kronawitter findet, der neue Kreisverkehr in der Münchener Straße sei eine Zumutung für die Radfahrer. Die Situation sei für Kinder und Erwachsene, die unsicher sind, unmöglich. Seine Enkelkinder haben sich beschwert; sie wären beinahe überfahren worden. Jeder Autofahrer sollte wissen, dass man da mit mäßiger Geschwindigkeit hinfährt. Der Zebrastreifen sei gut, aber die Verkehrsführung für Radfahrer ginge so nicht.

Erster Bürgermeister Flatscher habe bis auf heute nur Lob über den neuen Kreisverkehr gehört. Das mit den Radfahrern, gehe anderswo auch. Natürlich müsse man Rücksicht nehmen.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

10. Gombotz Herbert

83395 Freilassing

Teure Grundstücke – Einheimischenmodell

Herr Gombotz spricht die Grundstückssituation in der Hochkönigstraße an. Die Abwanderung von den jungen Leuten betreffe ihn auch. Sein Sohn sei weggezogen, weil die Grundstücke in Freilassing zu teuer seien. Auf seinem Grundstück dürfe man einfach nicht bauen. An der Hochkönigstraße wurde 1949 der Bau eines Hauses genehmigt und von der Fa. Max Aicher errichtet. Dann haben seine Eltern nebenan ein Grundstück erworben und wollten dort bauen. Später kam ein Bescheid, dass dort nicht gebaut werden dürfe. Auf Nachbargrundstücken sei schwarz gebaut worden. Seine Eltern waren dafür zu brav. Herr Gombotz fragt, ob man in diesem Gebiet nicht ein Einheimischenmodell versuchen könnte. Dort sei keine Müllgrube. Die Schwarzbauten könne man dann endlich legalisieren. Damals wurde sogar eine Baulinie von der Gemeinde festgelegt, bevor seine Eltern das Grundstück als Baugrundstück erworben hatten.

Erster Bürgermeister Flatscher antwortet, dies sei Außenbereich und baurechtlich deshalb sehr schwierig.

Herr Gombotz meint, man könne dort ein großes Einheimischenmodell machen, vorausgesetzt, die Stadt könne die Grundstücke erwerben. 750 m² hätten damals 800 Mark gekostet. Die Stadt habe für 40 Pfennig im Heereszeugamt Grundstücke verkauft.

Erster Bürgermeister Flatscher merkt an, dies sei ein Einzelfall. 1949 war die Stadt noch eine Gemeinde. Die Gesetzgebung sei heute eine andere. Dies habe auch mit Verjährung usw. zu tun. Er sieht eher keine Chance.

Herr Gombotz erklärt, er sei trotzdem verärgert.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

11. Bogensperger Florian

83395 Freilassing

**Eingabe per Email vom 14.11.2016
Bahnhof bzw. Bahnhofsareal**

Inhalt des Schreibens:

Sehr geehrte Damen & Herren,

für die morgige Bürgerversammlung, an der ich auch selbst teilnehmen werde, hätte ich folgende zwei Fragen, deren Beantwortung sicherlich eine Vielzahl von Bürgern interessieren würde:

- Wie und wann startet die Umgestaltung und der Umbau des Bahnhofsareals (Waschplatz) bzw. was wird von der Stadt diesbezüglich unternommen, um bei diesem Thema voranzukommen?
- Was wird von der Stadt unternommen, um einen barrierefreien Umbau des Bahnhofs voranzutreiben bzw. gibt es hier schon einen konkreten Zeitplan? Die Nutzung des Bahnhofs ist ja für Reisende mit schweren Koffern, für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer sowie für Eltern mit Kinderwägen äußerst schwierig bzw. unmöglich.

Ich bitte freundlich um Weiterleitung dieser E-Mail an die für die Bürgerversammlung zuständigen Mitarbeiter/innen und hoffe auf eine Beantwortung morgen bei der Bürgerversammlung.

Vielen Dank & mit freundlichen Grüßen
Florian Bogensperger
Gewerbegasse 6

Herr Bogensperger ist anwesend, möchte nichts weiter dazu sagen.

Stellungnahme Verwaltung:

Dazu kann ich auf meinen Vortrag verweisen! Es geht weiter!

Die Deutsche Bahn – DB Netz – führt derzeit die Vorentwurfsplanung für den barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Freilassing durch. Die Vorentwurfsplanung soll im Juni 2017 abgeschlossen sein. Ein Baubeginn für 2019 ist seitens der DB angestrebt. In einer der nächsten Sitzungen wird sich der Stadtrat mit der Lage der künftigen Bahnsteigzugänge befassen. Dann ist der Rahmenplan weiterzuentwickeln.

Das ehem. Tankstellengelände ist in privater Hand. Wie es dort weitergeht, hängt somit stark von der Kooperationsbereitschaft des Eigentümers ab.

Mit der Antwort des Bürgermeisters zeigt sich Herr Bogensperger einverstanden.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

12. Paschke Uwe

83395 Freilassing

Eingabe per Email vom 15.11.2016 **Gefährdungsanalyse zu den Auswirkungen des Flugverkehrs am Flughafen** **Salzburg auf Freilassing**

Inhalt des Schreibens:

An die Stadt Freilassing
Herrn Bürgermeister Josef Flatscher

Antrag zur Bürgerversammlung am 15.11.2016

Gefährdungsanalyse zu den Auswirkungen des Flugverkehrs am Flughafen Salzburg auf Freilassing

Sehr geehrter Herr Flatscher, sehr geehrte Damen und Herren,

bereits in den Jahren 2014 und 2015 stellte ich in der Bürgerversammlung Anträge, eine Gefährdungsanalyse zur Überflugsituation in Freilassing auf den Weg zu bringen. Beide Jahre wurde der Antrag vom Stadtrat positiv aufgenommen und ein Etat von 25.000 € für diese Analyse bereits 2014 reserviert.

Nach meinem Kenntnisstand behandelte der Stadtrat im März 2016 den Antrag letztmalig öffentlich. Seither ist für den Bürger wahrnehmbar, nichts mehr passiert.

Hat sich aus Sicht des Stadtrats die Gefährdungssituation geändert? Ich erinnere daran, dass der Flugverkehr über Freilassing seit meinem ersten Antrag 2014 um 15 % zugenommen hat.

Das „Opposite-Runway-Verfahren“, bei dem sich über Freilassing Flieger teilweise im Minutentakt begegnen, wird von Jahr zu Jahr mehr ausgereizt.

Die Gefährdung wird meines Erachtens laufend größer. Die Beurteilung der Situation durch einen **unabhängigen** Gutachter erlaubt keine jahrelangen Verzögerungen mehr.

So wie das Hochwasser 2013, kann auch ein Flugzeugabsturz im Stadtbereich jederzeit über uns hereinbrechen.

Ich stelle den Antrag, die Stadt Freilassing soll eine öffentliche, umfassende Stellungnahme zum Thema Gefährdungsanalyse abgeben, aus der die Freilassinger Bürger klar erkennen können, was vonseiten der Stadt geplant ist.

Ich denke, dass bei diesem Thema, das jeden Einzelnen von uns betrifft, die Öffentlichkeit den Anspruch hat, detailliert informiert zu werden.

Herr Paschke ist nicht anwesend.

Stellungnahme Verwaltung:

Eine Anfrage zum gleichen Thema stellte Herr Paschke in der Bürgerversammlung **2014**. Der Stadtrat sprach sich damals dafür aus, „Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur, wird aufgefordert, die Durchführungsverordnung für den Flughafen Salzburg

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

weiter voranzutreiben. Das Ministerium wird ebenfalls aufgefordert, eine Risiko- und Sicherheitsanalyse durch einen unabhängigen Gutachter für den Flugverkehr am Flughafen Salzburg durchzuführen, insbesondere unter der Berücksichtigung des „opposite runway“. Die Stadt erwartet eine Benachrichtigung innerhalb der nächsten drei Monate. Die Ergebnisse sollen im Anschluss dann zügig durch die zuständigen Stellen umgesetzt werden.“

Minister Dobrindt stellte bei einem Gespräch mit den drei Bürgermeistern aus Freilassing, Ainring und Saaldorf-Surheim fest, dass eine Risiko- und Sicherheitsanalyse kein unterstützendes Argument für eine andere Verteilung der An- und Abflugrichtung wäre. Es würde dabei wahrscheinlich herauskommen, dass die Sicherheit der Gemeinden gewährleistet sei.

Der Antrag des Herrn Paschke aus der Bürgerversammlung **2015** wurde ebenfalls mehrheitlich angenommen. Der Stadtrat kam seiner Verpflichtung, die Empfehlung zu behandeln, wie folgt nach:

Am 22.02.2016 hat der Stadtrat den Beschluss gefasst, dass Dr. Eiding die Machbarkeit einer Gefährdungsanalyse abklärt.

Am 22.06.2016 sprach sich der Stadtrat dafür aus, keine Gefährdungsanalyse durchzuführen, da diese keine rechtlichen Konsequenzen hat, was von Prof. Eiding so gesehen wird. Zielführender ist eine Beauftragung von Prof. Eiding zur Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten in Bezug auf den Staatsvertrag.

Diese Überprüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Erster Bürgermeister Flatscher fragt die Anwesenden, ob sie über den Antrag abstimmen wollen. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

13. Wagner Wolfgang

83395 Freilassing

schriftl. Eingabe vom 15.11.2016 **Bürgerbeteiligung bei Ausbaumaßnahmen an gemeindlichen Straßen**

Inhalt des Schreibens:

Antrag zur Bürgerversammlung vom 15.11.2016

Bürgerbeteiligung bei Ausbaumaßnahmen an gemeindlichen Straßen

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Flatscher,

der Ausbau von gemeindlichen Straßen führt immer wieder nachvollziehbar zu erheblichen Ärgernissen bei den Bürgern. Dies betrifft nahezu in jedem Fall die dem Bürger nicht vermittelbare Auslegung der angeblichen erstmaligen Herstellung einer Straße, über die er teilweise schon seit Jahrzehnten sein Anwesen erreicht, wie naturgemäß auch die anfallenden Kosten für die Baumaßnahmen und ebenso die Tatsache, dass die Anlieger und Bürger in den betroffenen Straßen keinerlei Einfluss auf die Art und Weise des Ausbaus ihrer Straßen haben.

Ein besonderes Ärgernis in diesem Zusammenhang stellt zudem die Tatsache dar, dass es bei der Erhebung von Straßenbau- oder Straßensanierungskostenbeiträgen eine massive Ungleichbehandlung von Kommune zu Kommune gibt. Dies wird von vielen Bürgern wegen Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes als grundrechtswidrig und als Diskriminierung verstanden.

Zu Beginn des Jahres 2016 wurde ein neues Kommunalabgabengesetz für Bayern erlassen.

Folgendes Zitat des Bayerischen Innenministers Hermann zu diesem Gesetz bitte ich zur Kenntnis zu nehmen:

„Die Anlieger **sollen** künftig rechtzeitig vor einer beitragspflichtigen Straßenausbaumaßnahme informiert werden, **damit sie auch die Möglichkeit haben, sich in den Planungsprozess einzubringen.**“

Mittlerweile wurde durch ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes in Sachen Gemeinde Hohenbrunn gegen den Freistaat Bayern durch den VGH die Auslegung des Wortes „sollen“ präzisiert.

Laut Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes hat das Wort „sollen“ nach ständiger Rechtsprechung des Gerichts „grundsätzlich verbindlichen Charakter“.

Umgangssprachlich ausgedrückt entspricht das Wort „sollen“ laut dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof also ein „muss“.

Demzufolge müssen Bayerische Kommunen bei korrekter Anwendung des Urteilstenors mit Erlass des Kommunalabgabengesetzes 2016 ihre Bürger bei entsprechenden Baumaßnahmen rechtzeitig und mit Einflussmöglichkeit auf die Ausführung der jeweiligen Straßen, in den Planungsprozess einbeziehen.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

Laut Innenminister Hermann soll bzw. muss auf diesem Wege der Bürger auch Einfluss bekommen auf unerwünschte Luxussanierung.

Antrag:

Die Bürgerversammlung möge beschließen, den Stadtrat der Stadt Freilassing aufzufordern, insbesondere in diesem Punkt für die Umsetzung des Kommunalabgabengesetzes und die darin enthaltenen Bürgerbeteiligungspflichten durch die Stadtverwaltung Sorge zu tragen.

Herrn Wagner geht es in Zeiten von Ceta und TTIP um Transparenz.

Stellungnahme Verwaltung:

Gemäß Art. 5 Abs. 1 a KAG sollen die Gemeinden und Landkreise die voraussichtlichen Beitragspflichtigen **möglichst frühzeitig** über beabsichtigte beitragsfähige Vorhaben und das Verfahren der Beitragserhebung einschließlich in Betracht kommender Billigkeitsmaßnahmen informieren.

Dies ist bei der Stadt Freilassing schon seit Jahren in Form von Anliegerversammlungen gemacht worden, obwohl bisher keine Pflicht bestanden hat. Nach neuem Recht könnte auch lediglich per Schreiben oder Ähnlichem informiert werden, aber die Stadtverwaltung hält weiterhin an Anliegerversammlungen fest.

Es wird zudem angedacht, künftig vor einer Anliegerversammlung eine weitere Informationsveranstaltung abzuhalten, um die Bürger noch früher einbinden zu können.

Herrn Wagner geht das nicht weit genug. Die Einbindung müsse schon während der Planungsphase stattfinden.

Erster Bürgermeister Flatscher verweist auf Anliegerversammlungen. Planungen wurden schon mehrmals angepasst. Ärger gebe meist auf dem Grund, weil für die Bürger Kosten entstehen. Bei der Ersterschließung seien grundsätzlich 90% umzulegen. Das neue Gesetz betreffe Ausbaubeiträge. Die erhebe die Stadt Freilassing schon lange. Wegen der Sollvorschrift, wurde die Gemeinde Hohenbrunn sogar verpflichtet, eine Satzung zur Beitragserhebung zu erlassen.

Erster Bürgermeister Flatscher verweist nochmals auf die Möglichkeit, über unsere Homepage die Vorhabenliste zur Bürgerbeteiligung abzurufen und sich so über aktuelle Maßnahmen zu informieren.

Mit der Antwort des Bürgermeisters zeigt sich Herr Wagner einverstanden.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

14. Wagner Tobias

83395 Freilassing

schriftl. Eingabe vom 15.11.2016

Entfernung der Platanen in der Weildorfer Straße und stadtweite Überprüfung des Platanenbestandes an Wohnstraßen in Absprache mit dem Kreisfachberater Markus Putzhammer zur Verhinderung massiver Straßenschäden

Inhalt des Schreibens:

Antrag zur Bürgerversammlung am 15.11.2016

Entfernung der Platanen in der Weildorfer Straße und stadtweite Überprüfung des Platanenbestandes an Wohnstraßen in Absprache mit dem Kreisfachberater Markus Putzhammer zur Verhinderung massiver Straßenschäden

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Flatscher,

aufgrund derzeit auftretender massiver Straßenschäden in der Weildorfer Straße stelle ich hiermit den Antrag, die auf der Nordseite der Straße befindlichen Platanen zu entfernen und durch entsprechende kleinwüchsige Bäume zu ersetzen. Da sich diese Bäume offensichtlich im städtischen Besitz befinden, richtet sich dieser Antrag, auch zur Vermeidung haftungsrechtlicher Fragen, an die Stadt Freilassing.

Zudem soll zur Vermeidung massiver Schäden an den von den Freilassinger Bürgern in der Regel mit 90-prozentiger Kostenbeteiligung hergestellten Straßen im gesamten Stadtgebiet der Bestand an Platanen im Bereich von Wohnstraßen geprüft werden. Die ausgewählte Bepflanzung mit (Amerikanischen) Platanen ist offensichtlich völlig ungeeignet zur Verwendung in Wohnstraßen. Die Auswahl falscher Bepflanzung muss sich die Stadt Freilassing zurechnen lassen. Dem Bürger ist es nicht zumutbar, immer wieder für derart unnötig provozierte Schäden an längst bezahlten Straßen aufkommen zu müssen. Die Lebensdauer der Straßen wird durch falsche Bepflanzung massiv verkürzt.

Begründung:

Bei den in der Weildorfer Straße, Nordseite gepflanzten Bäumen handelt es sich soweit feststellbar, um sogenannte Amerikanische Platanen.

Diese Platanen erreichen eine Höhe von mindestens 25 m und maximal 50 m. Die aktuelle Höhe der Platanen dürfte mittlerweile ca. 15 bis 18 m erreicht haben. Sie sind damit höher, als alle angrenzenden, dreistöckigen Gebäude und überragen die Wohnbebauung auf der südlichen Straßenseite massiv. Die Kronenbreite erreicht mittlerweile den gegenüberliegenden, südlichen Straßenrand. Die Kronen werden also in kurzer Zeit die Bebauung beiderseits der Weildorfer Straße überdecken.

Derartige Wuchshöhen bedingen ein ausgeprägtes Wurzelnetz des Baumes und führen zu massiven Straßenschäden.

Beispielhaft sei die Bauminsel auf Höhe Weildorfer Straße 19 bildlich dargestellt:
(Hier wurden im Antragschreiben verschiedene Fotos eingefügt.)

Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing vom 22. November 2016

Massive, wurzelwerkbedingte Hebung der Bausubstanz, Vergrößerung des Schadens analog zum Wurzelwuchs.

Auch im Bereich des Kanals sind Auswirkungen der Verwurzelung ersichtlich.

Gerissene Randsteinbänder durch die Hebung der Bausubstanz.

Da ich zum Termin der Bürgerversammlung leider beruflich verhindert bin, möchte ich Sie bitten, meinen Antrag der Bürgerversammlung vorzulegen.

Stellungnahme Verwaltung:

Die Problematik der Straßenschäden durch die Baumwurzeln ist bekannt und steht beim Straßenunterhalt immer im Vordergrund. Baumstandort und Straßenbau stehen in den meisten Fällen nicht im Einklang.

Die Platanen in der Weildorfer Straße werden zusammen mit dem Kreisfachberater Markus Putzhammer angeschaut und anschließend wird eine Entscheidung getroffen.

Im Stadtgebiet gibt es 72 Stück Platanen, die in Rahmen der jährlichen Baumkontrolle durch die Stadtgärtnerei überprüft werden.

Bei zukünftigen Straßenplanungen wird eine geeignete Baumart geprüft und in Rahmen der Anliegerversammlung/Bürgerbeteiligung abgestimmt.

Erster Bürgermeister Flatscher geht davon aus, dass die meisten Platanen in der nächsten Zeit entfernt werden müssen. Man wurde damals scheinbar falsch beraten.

Die Bürgerversammlung nimmt Kenntnis.

**Niederschrift über die Bürgerversammlung der Stadt Freilassing
vom 22. November 2016**

Bürgermeister Flatscher bedankt sich recht herzlich bei den Anwesenden, dass sie sich die Zeit genommen haben, zur Bürgerversammlung zu kommen.

Er schließt die Bürgerversammlung nach Art. 18 der Gemeindeordnung um 21.26 Uhr.